

Offene Gesellschaft, Teilhabe und die Zukunft der Kinder*

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Wie gerecht ist Deutschland – für Kinder? Diese Frage spielt in Politik und Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Denn faire Chancen und die Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben sind Voraussetzung dafür, dass sie im Sinne von Freiheit und Verantwortung aufwachsen und die Zukunft aktiv mitgestalten können. In einer Zeit des gesellschaftlichen und demografischen Umbruchs, kommt der Verwirklichung der Kinderrechte für den Zusammenhalt der Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu: als universelles normatives Prinzip und als praktische Aufgabe für Politiker, Eltern und Lehrer.

Als ein Indikator für „Gerechtigkeit“ wird in der Regel der Anteil der Kinder, die in relativer Armut leben – das heißt, denen weniger als 50 (relative Armut) oder 60 Prozent (Armutsgefährdung) des Median-Einkommens zur Verfügung stehen – genannt. Er misst die allgemeine sozioökonomische Ungleichheit und die Verteilung des Wohlstands in der Gesellschaft. Aus der Perspektive der Kinderrechte zeigen die allgemeinen Quoten relativer Armut allerdings nicht ausreichend, welche Kinder hierdurch in ihrer Entwicklung am stärksten eingeschränkt oder gar ausgeschlossen werden. Genau diese Mädchen und Jungen brauchen jedoch besondere Förderung und Unterstützung.

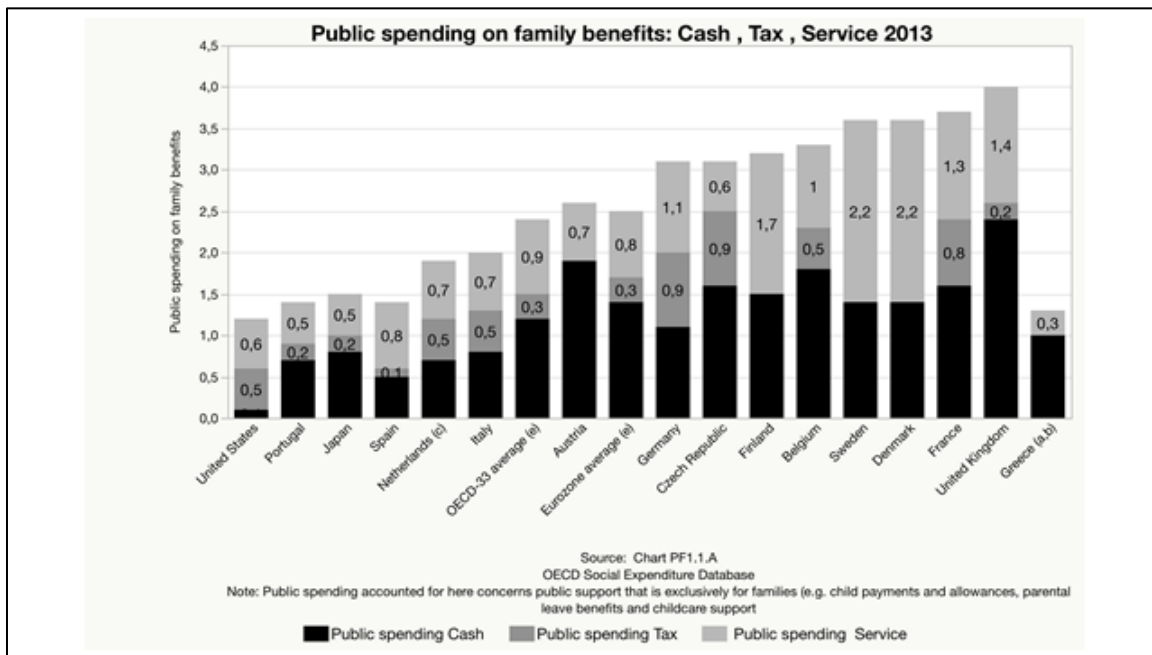
In einer Analyse für UNICEF Deutschland hat der bekannte Mikrosoziologe Professor Hans Bertram umfangreiche empirische Daten zum materiellen Wohlbefinden und zu Bildungschancen besonders benachteiligter Kinder in Deutschland ausgewertet. Basis für seine Analyse sind u.a. das EU-Haushaltspanel und die EU-SILC-Daten von Eurostat sowie die Luxembourg Income Study und der Mikrozensus. Einige zentrale Ergebnisse:

Transferleistungen

- **In allen europäischen Staaten sind erhebliche staatliche Transferleistungen notwendig, um der Verpflichtung der UN-Kinderrechtskonvention nachzukommen, Kinder vor relativer Kinderarmut zu bewahren.** Deutschland wendet für direkte finanzielle Zuwendungen an Familien und steuerliche Transfers rund zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts auf. Hinzu kommt etwa ein Prozent für die Infrastruktur. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern liegt Deutschland bei den Aufwendungen für Kinder damit im Mittelfeld (vgl. Abbildung 1).
- **Die unbekämpfte relative Kinderarmut auf der Basis von 60 Prozent des Median-Einkommens liegt in Deutschland bei etwas mehr als 30 Prozent –** ähnlich wie in Finnland und Schweden. Unterstützungsleistungen des Staates senken diese Quote in Deutschland auf ca. 15 Prozent – in Finnland auf neun Prozent. Während Finnland in der Armutsbekämpfung offensichtlich effektiver ist, nimmt Deutschland bei der Wirksamkeit der Interventionen im internationalen Vergleich einen Mittelplatz ein.

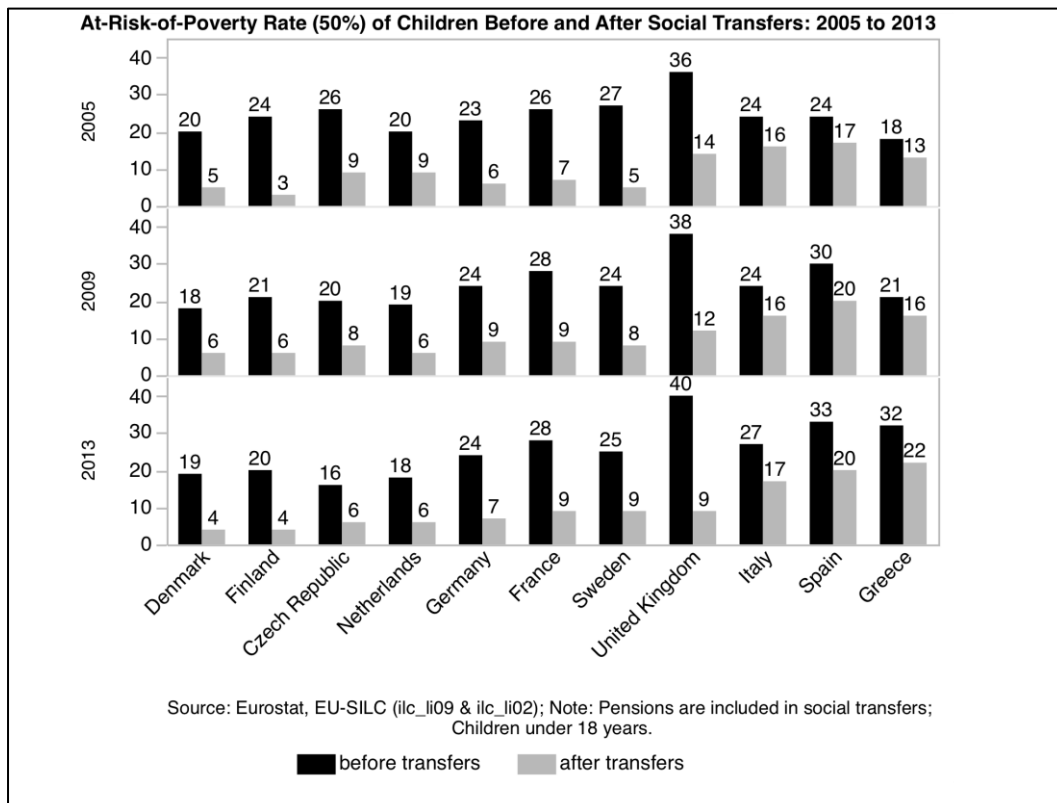
*Prof. Dr. Hans Bertram – Analyse für das Deutsche Komitee für UNICEF -
Zusammenfassung

Abbildung 1: Steuerliche, finanzielle und Infrastrukturleistungen für Familien in der OECD



- Auf der Basis des 50 Prozent Median-Einkommens liegt die unbekämpfte relative Kinderarmut in Deutschland bei 24 Prozent, in Schweden bei 25 und in Frankreich bei 28 Prozent. Durch staatliche Transferleistungen sinken diese Quoten auf sieben (Deutschland) bzw. neun Prozent (Schweden) (vgl. Abbildung 2).**

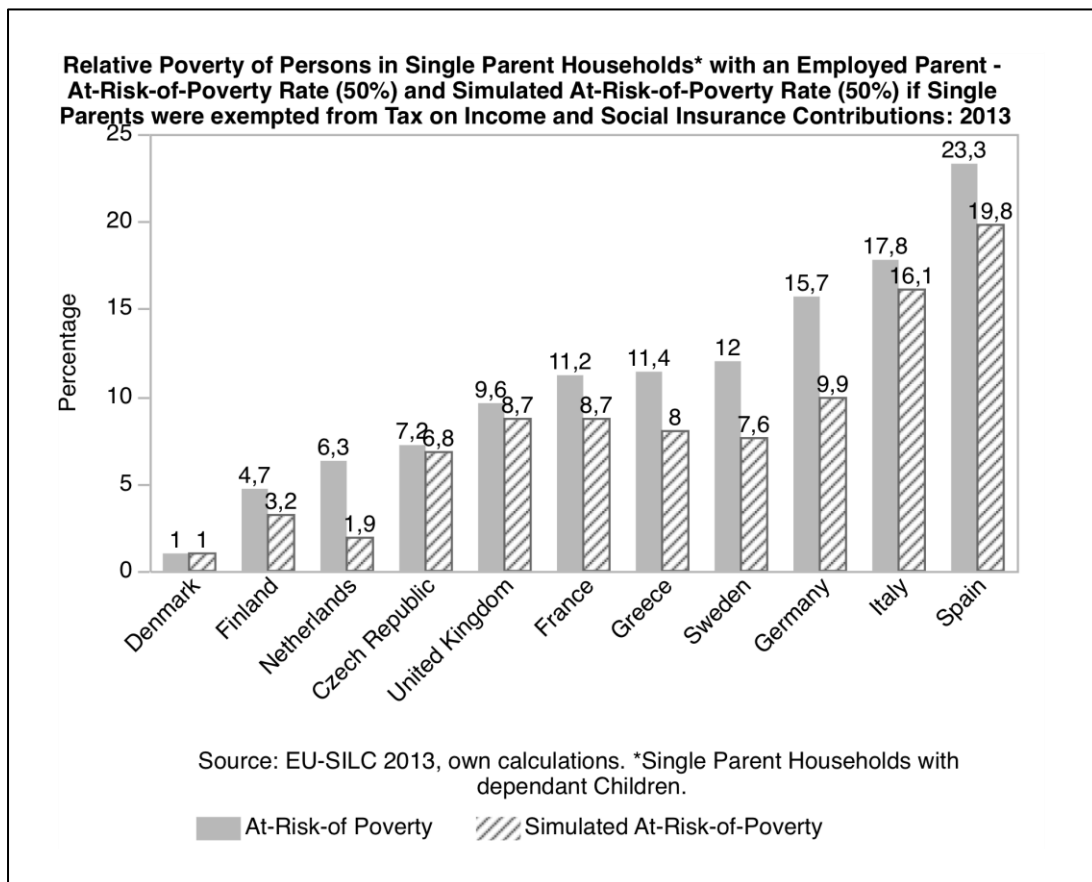
Abbildung 2: Bekämpfte und nicht bekämpfte Armut von Kindern 2005 bis 2013: 50 Prozent des Median-Einkommens als relative Armutsgrenze



Selektive Wirkung von Transferleistungen

- **Doch diese Unterstützung erreicht Familien und Kinder sehr unterschiedlich:** Mit den staatlichen Transferleistungen sinken in Deutschland die relativen Armutsquoten bei Kindern mit beiden Elternteilen auf etwa vier Prozent, jedoch bleibt die Quote trotz dieser Maßnahmen bei Alleinerziehenden bei 16 Prozent (50 Prozent des Median-Einkommens).
- **Das Armutsrisiko von Kindern von Alleinerziehenden ist damit – auch wenn diese berufstätig sind – in Deutschland gut doppelt so hoch** wie in Haushalten, in denen zwei Eltern mit ihren Kindern zusammenleben.
- **Von öffentlichen Fürsorgeleistungen profitieren Kinder in Deutschland offensichtlich dann deutlich stärker, wenn sie in einer Familie mit beiden Elternteilen leben.** Würden beispielsweise bei berufstätigen Alleinerziehenden die Leistungen für Krankenkasse und Rente nicht erhoben – wie bei Ehepaaren, bei denen ein Elternteil nicht berufstätig ist – würde das relative Armutsrisiko dieser Gruppe mit rund sechs Prozent um ein gutes Drittel gedrückt (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Veränderung des Armutsrisikos von alleinerziehenden Eltern in Europa ohne Sozialabgaben und Steuern



- **Diese Probleme spiegeln sich auch in der subjektiven Wahrnehmung der betroffenen Mütter und Väter. So geben etwa 17 Prozent der alleinerziehenden**

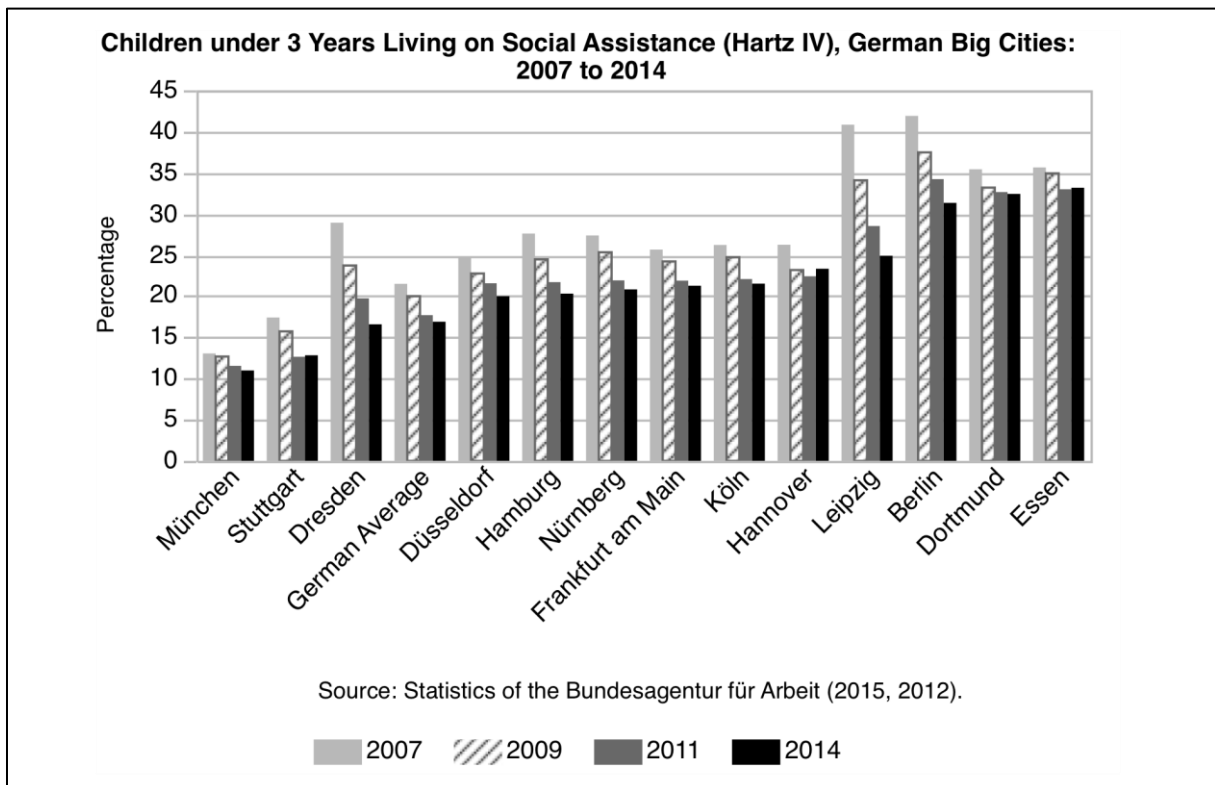
Eltern in Deutschland an, dass sie Schwierigkeiten haben, mit ihrem Geld auszukommen, gegenüber etwas mehr als sechs Prozent bei den Paaren. Daneben geben weitere 20 Prozent der Alleinerziehenden an, "ab und zu" Schwierigkeiten zu haben, mit dem Geld auszukommen, gegenüber etwa 12 Prozent bei den Paar-Familien.

- **Diese Situation trifft aber immer mehr Kinder: Wachsen Mitte der 1990er Jahre in Deutschland etwa zehn Prozent aller Kinder bei alleinerziehenden Müttern auf, sind es heute etwa 16 Prozent.** Diesen Wandel der Lebensformen, der für einen Großteil der relativen Kinderarmut verantwortlich ist, hat Deutschland bisher familien- und steuerpolitisch noch nicht verarbeitet.

Regionale Unterschiede

- **Um relative Kinderarmut wirksam bekämpfen zu können, müssen auch die erheblichen regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden.** In München leben zum Beispiel rund zehn Prozent aller Kinder unter 3 Jahren von staatlichen Unterstützungsleistungen (Hartz IV) – dieser Prozentsatz hat sich von 2007 bis 2014 nur geringfügig vermindert. In Dortmund oder in Essen leben in der gleichen Altersgruppe aber 35 Prozent in solchen Haushalten, ähnlich wie in Berlin (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Kinder bis zu 3 Jahren in Hartz VI-Haushalten in bundesdeutschen Großstädten



- **In Stadtvierteln, in denen ein Drittel der Kinder erlebt, dass ihre Familien völlig von staatlichen Sozialleistungen abhängen, wird aber ein Zukunftsbild sozialer Abhängigkeit statt sozialer Selbstständigkeit vermittelt.** Diese gelebte "soziale Exklusion" macht den betroffenen Kindern vor allem deutlich, dass ihre Eltern und sie letztlich nicht zu dieser Gesellschaft gehören, weil die Teilhabe für die Eltern im Wesentlichen über die Teilhabe am Arbeitsmarkt definiert ist.
- **Dabei hat sich die Situation vor allem in den neuen Bundesländern deutlich verbessert,** so gibt es in Dresden etwa nur noch 15 Prozent der Kinder in solchen Haushalten gegenüber 30 Prozent in Berlin, und auch Leipzig hat sich von 40 Prozent auf 25 Prozent deutlich verbessert. Kaum Verbesserungen hat es im Ruhrgebiet gegeben. Berlin hat sich zwar deutlich verbessert, gehört aber immer noch zu den Städten mit dem höchsten Prozentsatz von Kindern, die mit Hartz IV leben.
- **Insgesamt stellt sich die Situation der betroffenen Familien regional sehr unterschiedlich dar:** So müssen zum Beispiel in München mit sehr hohen Einkommen auch sehr hohe Mieten gezahlt werden, während in Rostock bei geringeren Mieten gegenüber München eine viel höhere relative Kinderarmut festgestellt wird, obwohl wegen des niedrigeren Preisniveaus die Teilhabemöglichkeiten der Kinder in Rostock genauso gut oder genauso schlecht sein können wie für die Kinder in München.
- **Die besonderen Schwierigkeiten beim Übergang von der klassischen industriegesellschaftlichen Struktur zu den neuen Industrien im Ruhrgebiet unterscheiden sich kaum von den Problemen, die sich auch in anderen Ländern, etwa in den früheren hoch industrialisierten Regionen in England oder Frankreich, beobachten lassen.** Erstaunlich ist, dass sich Berlin, wo seit der Wiedervereinigung mehr als in jede andere deutsche Stadt investiert wurde, in einer ähnlichen Situation wiederfindet wie die Industriestädte im Ruhrgebiet. Das gilt umso mehr, da Dresden oder Leipzig deutliche Fortschritte erzielt haben.

Fürsorge und soziale Unterstützung

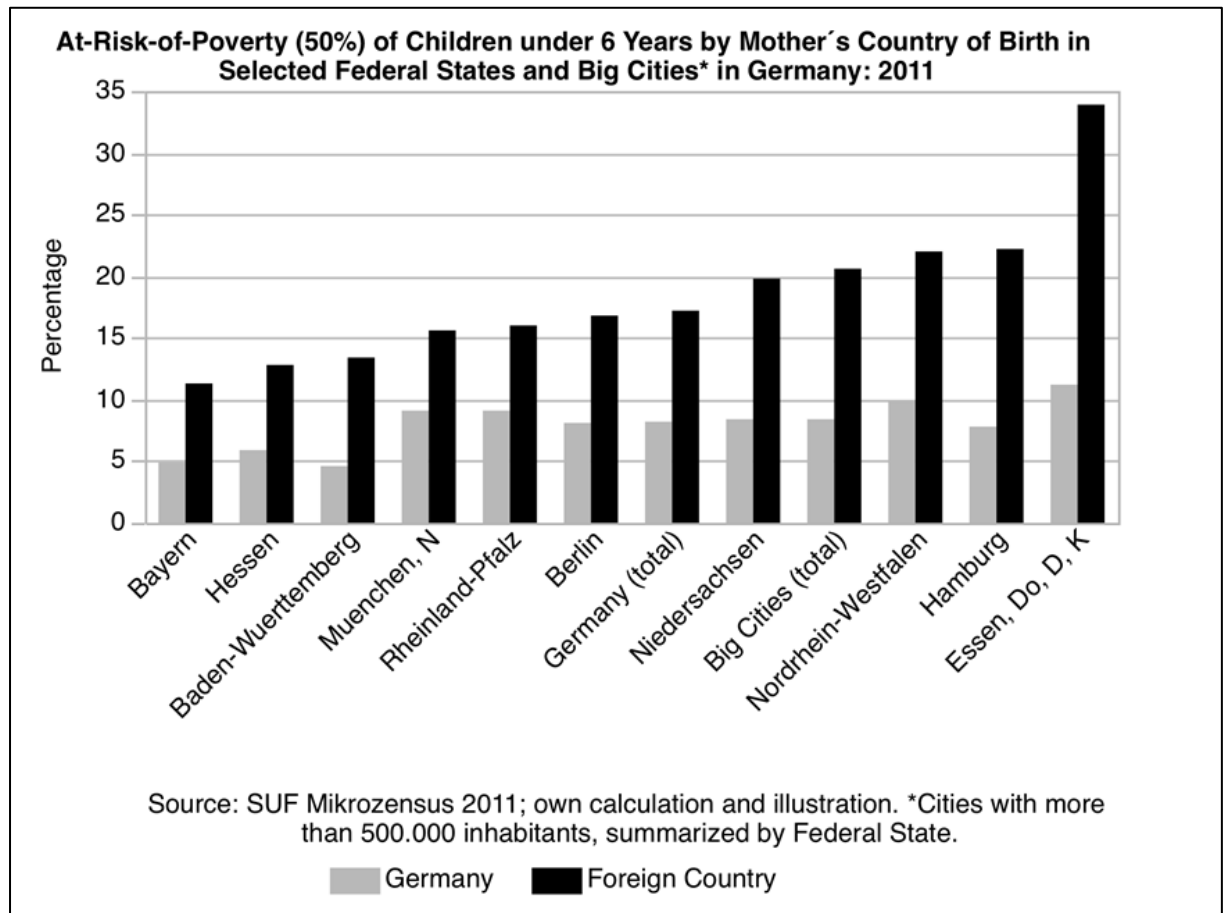
- **Eltern – ob alleinerziehend oder mit Partner – neigen entgegen häufig geäußerter Vorurteile dazu, ihre Zeit und ihre finanziellen Ressourcen zunächst in ihre Kinder zu investieren und selbst auf eigene freie Zeit oder Ausstattung mit materiellen Gütern zu verzichten.** So sichern zum Beispiel die Eltern in Griechenland trotz jahrelanger Krise die Versorgung ihrer Kinder mit Ernährung, Kleidung, Bildung und Spielsachen genauso wie in Deutschland oder Schweden.
- **Aber hier stellt sich eine Gerechtigkeitsfrage: Darf eine Gesellschaft die Fürsorgeleistung für Kinder gerade in ökonomisch schwierigen Lebenslagen der Opferbereitschaft der Eltern anheimstellen?** Oder müssen diese Fürsorgeleistungen nicht vielmehr ins Zentrum der Unterstützung für Familien gestellt werden?

- **Für die meisten verheirateten und auch die nicht verheirateten Paare mit Kindern sichert der moderne Wohlfahrtsstaat ein Auskommen oberhalb der relativen Armutsgrenze. Bei Alleinerziehenden kommt es jedoch besonders häufig zu einer Kumulation von negativen Einflussfaktoren:** Relative Armut, schwere materielle Deprivation und ein geringes Maß an Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsmarkt erhöhen hier die Gefahr für die „Exklusion“ der dort aufwachsenden Kinder.
- **Für diese von „Exklusion“ bedrohten Kinder sind nicht allein ausreichende finanzielle Transferleistungen sowie Bildungs- und Fördermöglichkeiten notwendig. Hinzukommen müssen noch andere Formen der sozialen Unterstützung,** um eine Selbständigkeit der Lebensführung zu gewährleisten. Staatliche Institutionen wie Vorschule und Ganztagschule können diese Probleme nicht lösen – wie der Blick in die Banlieus in Frankreich zeigt.

Teilhabe an Bildung und Arbeit

- **Bildung und Förderung sind ein weiterer Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe der nachwachsenden Generationen und die Zukunftssicherung.** Der Bildungsrevolution der 1960er und 1970er Jahre war es gelungen, insbesondere die Qualifikation von Mädchen und Frauen zu verbessern und deren Weg in eine Berufstätigkeit zu bereiten. Ein ähnlicher Bildungserfolg ist jedoch für viele junge Mädchen und Frauen ausgeblieben, die nach Deutschland eingewandert sind.
- **Bei der Berechnung des relativen Armutsrisikos von Kindern mit Migrationshintergrund auf der Basis des Mikrozensus 2011 – also noch vor der aktuellen Flüchtlingswelle – ist festzustellen, dass selbst bei dem engeren 50 Prozent-Kriterium in Essen 35 Prozent aller Kinder, deren Mutter einen Migrationshintergrund hat, von relativer Armut bedroht sind.** In Hamburg sind es 20 Prozent und selbst in München zehn Prozent. Demgegenüber liegt diese Quote für Kinder, deren Mütter in Deutschland geboren sind, zwischen fünf Prozent in Bayern und zehn Prozent in Essen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Armutsrisiken bei Kindern bis zu 6 Jahren



- **In Berlin oder im Ruhrgebiet haben 15 bis 17 Prozent der zugewanderten Frauen keinen Schulabschluss. Etwa 30 bis 40 Prozent haben auch keine Berufsausbildung.** Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind entsprechend eingeschränkt.
- **Dabei wird sich die Integration und das Zusammenleben verschiedener Kulturen in unserer Gesellschaft im Wesentlichen daran entscheiden, ob es gelingt, auch eingewanderte junge Frauen und Mütter zu qualifizieren.** Ziel sollte es dabei sein, dass sie für ihre Kinder die gleichen Rollen und Funktionen ausüben können wie qualifizierte Mütter ohne Migrationshintergrund.

Empfehlungen

- Zur Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland müssen die Transferleistungen für Familien erhalten und weiterentwickelt werden. Sie müssen alle Kinder unabhängig von der Lebensform ihrer Eltern vor relativer Armut schützen.
- Besonders in den Regionen, in denen sich negative Faktoren für das Aufwachsen von Kindern häufen, müssen Maßnahmen für die Teilhabe benachteiligter Kinder in ihrem direkten Lebensumfeld verstärkt werden. Dazu gehören Investitionen in frühkindliche, schulische und außerschulische Bildung sowie eine Stärkung der Jugendhilfe.
- Als einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfähige und inklusive Gesellschaft empfiehlt UNICEF erneut die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

Die vollständige Analyse von Prof. Hans Bertram „Offene Gesellschaft, Teilhabe und die Zukunft für Kinder“ steht zum Download auf www.unicef/presse.de.

Parallel erscheint in Herausgeberschaft von Prof. Hans Bertram gemeinsam mit dem deutschen Komitee für UNICEF das Buch „Zukunft mit Kindern, Zukunft für Kinder“. Die Publikation im Verlag Barbara Budrich umfasst aktuelle Fachbeiträge zum kindlichen Wohlbefinden.

Pressekontakt: Rudi Tarneden, Sprecher UNICEF Deutschland, 0221/93650-235, presse@unicef.de

Juni 2017